

SCHWEIZ

APARTHEIDVERGANGENHEIT Die Auseinandersetzung um Südafrika sei der Schweizer «Entkolonialisierungsprozess», sagt die Ethnologin und Aktivistin Barbara Müller. Wegen einer Aktensperre bleibt er blockiert.

Doppelt unerledigte Geschäfte

Interview: Kaspar Surber

WOZ: Im Zusammenhang mit der Apartheidvergangenheit Südafrikas ist oft von einem «Unfinished Business» die Rede. Was ist unter diesen unerledigten Geschäften zu verstehen?

Barbara Müller: Der Begriff wurde in Südafrika selbst geprägt, vom Journalisten Terry Bell und dem Chefmittler der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Dumisa Ntsebeza. Die beiden kritisierten in einem Buch, dass die Forderungen nach Wiedergutmachung durch die Versöhnungskommission nicht erfüllt sind, und die Strukturen der Apartheid fortwirken. In einer ersten Phase des neuen Südafrika hatte Präsident Thabo Mbeki, unter politischem und wirtschaftlichem Druck ausländischer Investoren, auch aus der Schweiz, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen.

Welche Strukturen der Apartheid wirken fort?

Beispielsweise die räumliche Separation zwischen Schwarzen und Weissen, die heute eine Trennung von Arm und Reich ist. Wir haben Ende Mai im Romero-Haus in Luzern eine Tagung mit zahlreichen jungen Akademikerinnen und Aktivisten auch aus Südafrika durchgeführt. Sie haben prononciert auf das Thema Armut hingewiesen: Bis 2014 sollten dreissig Prozent des Landesbesitzes neu verteilt werden. Bisher sind davon erst fünf Prozent verteilt worden.

Wie steht es mit der Schweizer Unterstützung des Apartheidregimes? Ist auch dieses Geschäft unerledigt?

Ich würde sogar sagen, es sei doppelt «unfinished»: Die Geschichte ist nicht fertig aufgearbeitet, und sie wurde trotz der skandalösen Forschungsergebnisse nicht offiziell kommentiert. Zwar wurden die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika von 1948 bis 1994 in einem Nationalfondsprojekt untersucht. Doch wegen einer Aktensperre reicht der Bericht kaum über die siebziger Jahre hinaus. Der Bundesrat hat den Bericht an zwei Sitzungen diskutiert, er wollte aber keine Stellungnahme dazu abgeben.

Das war 2005, als die Apartheid-freunde Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz zusammen im Bundesrat sassen.

Herr Blocher und Herr Merz wollten vom Bericht sicher nichts wissen: Blocher war Gründungspräsident der apartheidfreundlichen Lobby-Gruppe «Südlisches Afrika», Merz führte als Wirtschaftsberater zahlreiche Mandate in der Apartheidzeit aus. Deswegen wurde er 2002 nicht FDP-Präsident. Offenbar gab es damals einen kurzen Zeitraum, in dem solche Beziehungen skandalisierbar waren. Ein Jahr später wurde er zum Bundesrat gewählt.

Wie kam es zur Aktensperre?



Die Schweizer Wirtschaft als Akteurin des «globalen kolonialen Projekts»: Protest gegen Bankgeschäfte mit Apartheid-Südafrika vor dem Hauptsitz der damaligen Kreditanstalt, Zürich 1988.

Die Opferorganisation Khulumani, die 58 000 Mitglieder umfasst, hat im Jahr 2002 Klagen gegen 23 Konzerne angestrengt, die sich in der Apartheidzeit Menschenrechtsverletzungen schuldig machten, darunter auch die Vorgängerbanken der jetzigen Credit Suisse und der UBS. Auf Druck der Grossbanken

«Mit der Einführung der Apartheid 1948 konnte die Schweiz ihren Aussenhandel ausdehnen.»

wurden 2003 die Akten, die Südafrika betreffen, im Bundesarchiv gesperrt – mitten in der laufenden Forschungsarbeit, damit keine Beweise gefunden werden konnten. Die Finanzinstitute wurden mittlerweile von den Klagen ausgenommen, weil ihnen Menschenrechtsverletzungen schwieriger direkt nachzuweisen sind als beispielsweise einem Autobauer wie Daimler Chrysler, der dem Regime Truppentranspor-

ter lieferte. Die Akten im Bundesarchiv sind trotzdem weiter gesperrt.

Auch wenn die Geschichte nicht fertig aufgearbeitet ist – welches waren die wichtigsten Unterstützungsleistungen an das Apartheidregime?

Wirtschaftlich ist sicher die Einrichtung eines Goldpools 1968 in Zürich zu erwähnen: In Spitzenzeiten liefen achtzig Prozent des südafrikanischen Goldhandels über die Schweizer Grossbanken. Man muss von einer engen Freundschaft, einer eigentlichen Komplizenschaft reden: Weil die internationalen Boykotte gegen das Regime zunahmen, wurde die Kategorie «Schweiz» aus den Statistiken der südafrikanischen Nationalbank gestrichen. Dies auf Antrag der hiesigen Grossbanken. Die grösseren Industriebetriebe waren alle in Südafrika tätig. Auch im militärischen und wissenschaftlichen Bereich gab es zahlreiche Kooperationen, etwa mit Waffenlieferungen und in der Nukleartechnik.

Wie ist diese Komplizenschaft entstanden?

Mit der Einführung der Apartheid 1948 bot sich der Schweiz die Gelegenheit, ihren Aussenhandel auszudehnen: Wegen der Machtergreifung der burischen Nationalpartei zogen sich die britischen Firmen zurück. Und im Commonwealth

sties die Rassentrennung zunehmend auf Kritik. Die Schweiz hatte die Buren schon im Krieg gegen die Briten im 19. Jahrhundert mit Geldsammlungen unterstützt: Offenbar sah man Gemeinsamkeiten in der kleinstaatlichen, traditionsbewussten Mentalität. Später nahmen südafrikanische Militärs bei uns auch an Waffenläufen teil.

Sie haben selbst am Nationalfondsprojekt mitgearbeitet und sind dabei zum Schluss gekommen, dass es nicht nur wirtschaftliche und militärische Verbindungen zum Apartheidregime gab, sondern auch ideologische.

In den Berichten der Botschafter zeigt sich, dass sie sich ausschliesslich auf die offizielle Politik konzentrierten und keinen Kontakt hatten zur schwarzen Bevölkerung. Südafrika wurde, sicher bis in die sechziger Jahre, als «Bastion des weissen Mannes» wahrgenommen. Die Schweizer Diplomatie unterstützte paternalistische Konzepte: Dass die Schwarzen noch nicht reif genug seien und erst an die Demokratie herangeführt werden müssten. Die Schweiz hat sich nie hinter die Forderung «ein Mensch – eine Stimme» gestellt. Letztlich wurde die Auseinandersetzung um das Verhältnis der Schweiz zum Apartheidstaat Südafrika zu unserem «Entkolonialisierungsprozess»: Zu keinem aussenpolitischen Thema gab es im Parlament so viele Vorstösse, auch die Kirchen waren heftig zerstritten.

Südafrika als Schweizer Kolonie?

Die Schweiz hat sich auf jeden Fall am globalen kolonialen Projekt beteiligt, wirtschaftlich wie mental. Darüber hinaus war Südafrika das gelobte Land, zur Auswanderung und dem Tourismus. Erst die Auseinandersetzung um die Apartheid hat die Schweiz gezwungen, sich grundlegenden Fragen beispielsweise des Völkerrechts zu stellen und einen neuen Platz in der Welt zu suchen. Das zeigt sich etwa in jüngeren Verlautbarungen des Auswärtigen Departementes, wenn von «unseren Erfahrungen» mit Menschenrechtsverletzungen die Rede ist: Gemeint damit sind der Holocaust und die Apartheid.

Vom Verschwinden des Goldes aus der Statistik bis zur Sperre der Akten – kann man von einer Kontinuität der Vertuschung und Verdrängung sprechen?

Ganz bestimmt. Sicher ist in der Aufarbeitung vieles passiert. Aber noch ist der «Entkolonialisierungsprozess» nicht abgeschlossen. Das Überlegenheitsdenken ist auch regelmässig in den fremdenfeindlichen Diskussionen spürbar.

Literaturtipps: MASCHA MADÖRIN: «Helfer der Apartheid oder Verlässliche Freunde». Wie die Schweizer Banken das südafrikanische Apartheid-Regime stützten. edition 8. Zürich 2008. 144 Seiten, 22 Franken.

BARBARA MÜLLER



Barbara Müller (60) ist Koordinatorin der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika (Keesa) und war eine der ForscherInnen im Nationalfondsprojekt Schweiz-Südafrika. Die Keesa ist eine Koalition von NGO und kirchlichen Organisationen und kämpft für die Aufarbeitung der Beziehungen der Schweizer Politik und Wirtschaft zum Apartheidregime. Sie unterstützt Khulumani, die südafrikanische Organisation der Apartheidopfer, in ihren Forderungen nach Entschädigung und Anerkennung.

AKW-NEUBAUTEN

Schnelle Meinung gefragt

Jetzt muss sich die Regierung des Kantons Bern – gegen ihren Willen – für den Bau eines neuen AKW Mühleberg II aussprechen. Dies hat Anfang Woche der Berner Grosse Rat entschieden und zwingt damit den Regierungsrat, künftig gegen seine eigene Energiestrategie zu argumentieren, in der steht: «Die Kernenergie ist für den Regierungsrat keine Option für eine zukunftsfähige Energiepolitik.»

Die AKW-Lobby ist im Berner Kantonsparlament stark präsent, sitzt doch unter anderem auch der Pressesprecher der BKW FMB Energie AG – die Mühleberg II bauen möchte – als FDP-Vertreter im Rat.

Voraussichtlich dürfte es im Februar zu einer ersten kantonalen Abstimmung kommen, an der die Berner Bevölkerung sich zum AKW-Projekt äussern kann. Ähnliche Abstimmungen sind auch in anderen Kantonen geplant. So unterstehen die kantonalen

Stellungnahmen zu den AKW-Bevilligungsgesuchen in den Kantonen Waadt und Jura gar dem obligatorischen Referendum.

Aktuell können sich noch alle an der Vernehmlassung zum Richtplanverfahren Ersatzkraftwerk Beznau beteiligen. Das Richtplanverfahren beschäftigt sich mit «raumplanerischen und sozioökonomischen Fragen», die der AKW-Neubau aufwirft – nicht aber mit sicherheitstechnischen Fragen.

An der Vernehmlassung dürfen sich alle, also nicht nur Aargauerinnen und Aargauer beteiligen. Man sollte dies allerdings schleunigst tun, da die Vernehmlassung nur noch bis am kommenden Montag, den 14. Juni, läuft. Es ist jedoch einfach und braucht wenig Zeit, da man sich online äussern kann (entweder über www.nein-zu-neuen-akw.ch oder direkt auf der Website des Kantons Aargau unter www.tinyurl.com/akw-beznau. sb

STANDPUNKT Die UBS hat erstmals die Erklärung von Bern empfangen

Villigers Charmeoffensive

Am Mittwoch empfing die UBS eine Delegation der entwicklungs-politischen Organisation Erklärung von Bern EvB. Oliver Classen, Mediensprecher der EvB, fragt sich, was dahinterstecken könnte.

Der Exchefredaktor des «Tages-Anzeigers» wird neuer Sprecher von UBS Schweiz: In Journalistenkreisen sorgte diese Meldung Ende Mai für mehr oder minder amüsiertes Kopfschütteln, bei vielen Nichtregierungsorganisationen (NGO) hingegen für blankes Entsetzen. Schlimm genug, dass sich der renommierte Exschriftleiter eines linksliberalen Leitmediums als Konzernkommunikator schamlos vergolden lässt. Warum aber wechselt Peter Hartmeier ausgerechnet zur UBS, wo er als Oswald Grübels Bauchrednerpuppe – vom Monetären abgesehen – nur verlieren kann?

Die Erklärung von Bern (EvB) als Schweizer UBS-Watchdog kann die-

sem Seitenwechsel jedoch auch eine positive Seite abgewinnen. Grund dafür ist eine kurz vor den Hartmeier-News bei uns eingegangene Mail, in der wir vom Chef der Nachhaltigkeitsabteilung offiziell zu einem «Gedankenaustausch» mit Kaspar Villiger eingeladen wurden. Was für Aussenstehende unpektakulär klingt (schliesslich reden NGO regelmässig mit Wirtschaftsvertretern), ist tatsächlich bahnbrechend. Denn erstmals überhaupt hat die notorisch unzugängliche UBS gestern ihre hierzulande wohl frühesten, sicher aber hartnäckigsten KritikerInnen empfangen.

Seit 2001 werden die Schweizer Grossbanken von der EvB mit den Auswirkungen ihrer Geschäftspraktiken auf Umwelt und Menschenrechte konfrontiert. Ob die Audienz beim VR-Präsident bloss Teil einer Charmeoffensive ist – für die Hartmeier freilich ein brillanter Botschafter wäre – oder ob sich

beim viel gescholtenen Elefanten von der Bahnhofstrasse nicht doch ein Sinneswandel vollzieht, bleibt abzuwarten. Diese erste kommunikative Öffnung lässt Letzteres zumindest hoffen. Mal sehen, ob Villigers UBS im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ähnlich lernfähig ist, wie sie es in anderen Bereichen zu sein vorgibt.

Auslöser des unerwarteten Gesprächsangebots war die aktuelle EvB-Untersuchung der finanziellen Verbindungen von UBS und Credit Suisse (CS) zu Firmen, die in Kontroversen um gravierende Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Auf diese neue Kampagne hat die gegenüber NGO-Argumenten sonst aufgeschlossener CS bislang nicht reagiert. Auf öffentlichen Druck war die CS 2008 immerhin aus der Finanzierung einer giftigen Goldmine in Indonesien ausgestiegen. Die UBS hat also noch einigen Nachholbedarf.

Oliver Classen